

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Postversorgung im ländlichen Raum

Der Landtag Rheinland-Pfalz möge beschließen:

1. Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, im Zusammenhang mit der Öffnung des Europäischen Wettbewerbs für Postdienstleistungen und dem Wegfall des Briefmonopols der nationalen Postunternehmen alle notwendigen Initiativen zu ergreifen, um eine ausreichende Versorgung des ländlichen Raumes mit Postdiensten dauerhaft zu gewährleisten.
2. Insbesondere soll die Landesregierung sich dafür einsetzen, dass
 - die Postrichtlinie der Europäischen Union im Sinne des Beschlusses des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 2007 in Kraft tritt. Hierbei geht es vor allem um die Beibehaltung der Universaldienstverpflichtungen und deren Sicherstellung mit nationalen Finanzierungsplänen. Dabei soll die Möglichkeit eröffnet werden, einen Kostenausgleich für die Versorgung des ländlichen Raumes durch öffentliche Fonds zu schaffen;
 - baldmöglichst nach Inkrafttreten der Europäischen Postrichtlinie durch Bundesgesetz bei Wegfall des Briefmonopols der Deutschen Post AG und ihrer Verpflichtung zur flächendeckenden Grundversorgung ein Ausgleichsfonds eingerichtet wird, in den alle Postunternehmen, die eine Lizenz für ihre Tätigkeit in Deutschland erhalten, Ausgleichsleistungen einzahlen. Aus diesem Fonds sollen nach Ausschreibung diejenigen Unternehmen ihre Netto-Mehrkosten erstattet bekommen, die die Versorgung ländlicher Räume übernehmen. Die Ausschreibung der Postdienstleistung sowie die Festsetzung der Ausgleichzahlung aus dem Fonds sollen durch die Länder erfolgen.
3. Die Landesregierung soll gegenüber dem Bund und der EU dafür eintreten, dass, solange diese Regelungen nicht geschaffen sind, das Briefmonopol der Deutschen Post AG mit der Pflicht zur flächendeckenden Versorgung auch über den 31. Dezember 2007 hinaus bestehen bleibt.
4. Der Landtag Rheinland-Pfalz begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die in Deutschland tätigen Postdienstleistungsunternehmen an geltende Tarifverträge gebunden sind.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

